

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschußdienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuß

73. Sitzung

am Donnerstag, dem 23. April 1998, 10:00 Uhr

im Sitzungszimmer des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Lothar Hay (SPD)

Vorsitzender

Holger Astrup (SPD)

Uwe Döring (SPD)

Ursula Kähler (SPD)

Günter Neugebauer (SPD)

Eva Peters (CDU)

Reinhard Sager (CDU)

Berndt Steincke (CDU)

Thomas Stritzl (CDU)

Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wolfgang Kubicki (F.D.P.)

Weitere Abgeordnete

Renate Gröpel (SPD)

Anke Spoorendonk (SSW)

Tagesordnung :	Seite
1. a) Voten zu den Bemerkungen 1997 des Landesrechnungshofs	8
Entwurf des Vorsitzenden Umdruck 14/1691	
Vorlage des Abgeordneten Sager (CDU) Umdruck 14/1714	
b) Protokoll der 57. Sitzung des Finanzausschusses vom 27. November 1997	
Vorlage des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur Umdruck 14/1626	
2. Personalkostenbudgetierung - Erster Erfahrungsbericht	9
Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie Umdruck 14/1662	
3. Über- und außerplanmäßige Ausgaben und Verpflichtungen für das IV. Vierteljahr des Haushaltsjahres 1997 (Nachmeldung)	10
Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie Umdruck 14/1720	
4. Bericht der Landesregierung über die Verwendung der Mittel aus der Veräußerung von Grundstücken	11
Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie Umdruck 14/1738	
5. Bericht der Landesregierung über die Auswirkungen der Währungsturbulenzen in Südostasien auf die Landesbank	12
Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie Umdruck 14/1747	

-
- | | |
|---|-----------|
| 6. Bericht der Landesregierung über die Nichtbelegung des Eigenkapitals der Landesbank | 13 |
| 7. Übertragung von Landesliegenschaften auf die Investitionsbank Schleswig-Holstein | 14 |
| Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie
Umdruck 14/1733 | |
| 8. Umzug der Landesvertretung von Bonn nach Berlin | 15 |
| Vorlage des Präsidenten des Landesrechnungshofs
Umdruck 14/1729 | |
| 9. Vergabe von Dienstleistungen im Bau-, Planungs- und Beratungsbereich | 16 |
| Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/1371 | |
| 10. Starke Länder in Deutschland - Basis eines zusammenwachsenden Europas | 17 |
| Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/1389 | |
| 11. Einführung des Euro in der Steuerverwaltung und im Landeshaushalt | 18 |
| Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/1362 | |
| 12. Erstattung des Landes zu den Jugendhilfekosten | 19 |
| Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/1295 | |
| 13. Abschaffung der Prüfervergütungen für Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer | 20 |
| Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/1360 | |

-
- | | |
|---|-----------|
| 14. Flexibilisierung des Haushaltsvollzugs gemäß § 10 a LHO, Ordentliche Gerichtsbarkeit, Staatsanwaltschaften und Fachgerichtsbarkeiten
Abschlußbericht | 21 |
| Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie
Umdruck 14/1736 | |
| 15. Bereitstellung zusätzlicher Ausbildungsplätze im Jahre 1998 aus eingesparten Mitteln der „58er-Regelung“ | 22 |
| Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie
Umdruck 14/1743 | |
| 16. Modernisierungsprojekt „Budgetierung des Einzelplans 03 - Staatskanzlei“ | 23 |
| Vorlage des Chefs der Staatskanzlei
Umdruck 14/1653 | |
| 17. Bericht der Landesregierung über die betriebswirtschaftliche Optimierung des LEG-Unternehmensverbundes | 24 |
| Umdruck 14/1815 | |
| 18. Information/Kenntnisnahme | 26 |
| 19. Verschiedenes | 27 |

Der Vorsitzende, Abg. Hay, eröffnet die Sitzung um 10:00 Uhr und stellt die Beschlußfähigkeit fest.

* * * * *

Vor Eintritt in die Beratungen hält der Vorsitzende eine Diskussion über die **Beratungsstruktur** im Finanzausschuß in absehbarer Zeit für dringend geboten. Nach seiner Ansicht ist der Finanzausschuß angesichts der Vielzahl der - zum Teil sehr kurzfristig unterbreiteten - Vorlagen an einem Punkt angelangt, an dem eine fraktionsinterne Abklärung einzelner Vorgänge und damit eine ordnungsgemäße Vorbereitung auf die Sitzung kaum noch gewährleistet sei.

Abg. Neugebauer und Abg. Stritzl stimmen dem zu.

* * * * *

Zur **Tagesordnung** für die heutige Sitzung merkt der Vorsitzende an:

- Ursprünglich sei vorgesehen gewesen, die heutige Sitzung in den Räumen der Datenzentrale abzuhalten und dabei einen Bericht der Landesregierung über die **Datenzentrale Schleswig-Holstein als Dienstleistungsunternehmen** entgegenzunehmen. St Wegener habe jedoch gebeten, diesen Tagesordnungspunkt wegen erheblichen Klärungsbedarfs zu einem späteren Zeitpunkt zu behandeln.
- Die Diskussion zwischen Datenzentrale und Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales zum Thema **Schwerbehindertengesetz** finde heute nicht statt, weil St Dr. Stegner terminlich anderweitig gebunden sei; ein Ersatztermin könne heute noch nicht benannt werden.
- Das **Gesamtkonzept für die Sanierung des Landeshauses** sei Gegenstand einer Besprechung unter den Parlamentarischen Geschäftsführern am 27. März, dem dritten Plenarsitzungstag, gewesen. Der Verlauf des Gesprächs sei durchaus positiv gewesen, jedoch sei es wegen der sitzungsfreien Zeit nicht möglich gewesen, eine Vorlage zu erarbeiten. Das Thema werde deshalb Gegenstand der Beratungen in der nächsten Sitzung des Finanzausschusses sein.

- Die Herausgabe der Einladung zu der heutigen Sitzung vor den Osterferien und die Erweiterung der Tagesordnung nach den Osterferien habe in der **Tagesordnung** zu zwei **Überschneidungen** geführt: Der in der Erweiterung der Tagesordnung aufgeführte Punkt 20 sei dem Punkt 7, der Punkt 22 dem Punkt 8 der Tagesordnung zuzuordnen.
- Die Tagesordnungspunkte 6, **Haushaltsvollzug im Jahre 1997**, und 25, **Erwirtschaftung globaler Einsparungen in den Einzelplänen im Haushalt des Jahres 1997**, sollen zusammengefaßt und in der nächsten Sitzung des Finanzausschusses beraten werden.
- Ebenfalls auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Finanzausschusses soll Punkt 24 der Einladung, **Geplante Gründung einer Nationalpark-Service gGmbH**, gesetzt werden, um den Fraktionen zunächst noch Gelegenheit zu geben, die erst vor zwei Tagen zugeleitete Vorlage durchzuarbeiten.

Abg. Kubicki äußert in diesem Zusammenhang die Erwartung, daß die Landesregierung künftig eingehend begründet, warum Vorlagen nicht rechtzeitig vorgelegt worden seien. - Der Vorsitzende kündigt an, mit M Möller ein Gespräch darüber zu führen, wie künftig sichergestellt werden könne, daß die Vorlagen zeitgerecht vorgelegt werden, damit der Ausschuß nicht mit bis zu drei Erweiterungen der Tagesordnung und insgesamt 25 Vorlagen regelrecht „zugeschüttet“ werde.

Punkt 1 der Tagesordnung:

a) Voten zu den Bemerkungen 1997 des Landesrechnungshofs

Entwurf des Vorsitzenden
Umdruck 14/1691

Vorlage des Abg. Sager (CDU)
Umdruck 14/1714

hierzu: Vorlage des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung
und Kultur
Umdruck 14/1708 (nur für internen Gebrauch)

b) Protokoll der 57. Sitzung des Finanzausschusses vom 27. November 1997

Vorlage des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und
Kultur
Umdruck 14/1626

Abg. Neugebauer teilt mit, daß der vom Vorsitzenden vorgelegte Entwurf der Voten, Umdruck 14/1691, mit Ausnahme von Tz 9 die Zustimmung seiner Fraktion gefunden habe. Zur Erarbeitung eines Änderungsvorschlages benötige die Fraktion aber noch etwas Zeit, und deshalb bitte er, die Entscheidung über diese Textziffer zurückzustellen.

Der Vorsitzende schlägt daraufhin vor, diesen Punkt und den damit in Zusammenhang stehenden Punkt 4 der Einladung, Protokoll der 57. Sitzung des Finanzausschusses, von der Tagesordnung abzusetzen. Wenn es gelinge, den noch ausstehenden Entwurf der Voten zu den Tz 22, 23 und 24 der Bemerkungen 1997 in der Sitzung der Arbeitsgruppe "Haushaltsprüfung" am 7. Mai 1998 zu erarbeiten, könne die Beschlußempfehlung an das Plenum in der darauffolgenden Sitzung des Finanzausschusses endgültig verabschiedet werden. - Der Ausschuß folgt dieser Anregung.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Personalkostenbudgetierung - Erster Erfahrungsbericht

Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie
Umdruck 14/1662

VP Dr. Schmidt-Bens stellt heraus, daß der Landesrechnungshof auf der einen Seite die Personalkostenbudgetierung mit großem Interesse verfolge, auf der anderen Seite aber habe feststellen müssen, daß von dem durch Beschluß des Finanzausschusses aus dem Jahr 1997 für 1998 vorgesehenen Konzept laut Haushaltsaufstellungserlaß bereits im Jahre 1999 wieder abgewichen werde.

Der Vorsitzende bittet, dem Finanzausschuß diesen Erlaß zuzuleiten.

Abg. Heinold begrüßt das Konzept und äußert die Überzeugung, daß die Budgetierung das wirtschaftliche Denken in den einzelnen Ressorts „ein Stück weiter nach vorn“ bringen werde.

Der Vorsitzende greift eine Bemerkung des Abg. Döring auf und empfiehlt, den vorgelegten ersten Erfahrungsbericht in der heutigen Sitzung angesichts der Vielzahl der Tagesordnungspunkte lediglich zur Kenntnis zu nehmen und die Grundsatzdiskussion zu einem späteren Zeitpunkt zu führen. - Der Ausschuß beschließt in diesem Sinne.

Punkt 3 der Tagesordnung:

**Über- und außerplanmäßige Ausgaben und Verpflichtungen für
das IV. Vierteljahr des Haushaltsjahres 1997 (Nachmeldung)**

Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie
Umdruck 14/1720

Der Ausschuß nimmt die Vorlage ohne Aussprache zur Kenntnis.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Bericht der Landesregierung über die Verwendung der Mittel aus der Veräußerung von Grundstücken

Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie
Umdruck 14/1738

Abg. Stritzl erklärt, er halte an seiner Auffassung fest, daß Einnahmen aus der Veräußerung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten dem Sondervermögen Grundstock zuzuführen seien. Er plädiere deshalb für eine „substanzerhaltende Zuführung an den Grundstock“ und spreche sich gegen eine „Versilberung des Landesvermögens“ aus.

Abg. Neugebauer steht auf dem Standpunkt, daß der Finanzminister mit dem in der Vorlage aufgezeigten Vorgehen der finanzpolitischen Not des Landes Rechnung trage.

M Möller legt dar, daß 1999 die Frage beantwortet werden müsse, ob der Grundstock als Potemkinsches Dorf nach wie vor Bestand haben oder - unter Berücksichtigung der Liegenschaftsübertragung - aufgelöst werden solle.

Der Vorsitzende empfiehlt, dieses Thema im Zuge der Haushaltsberatungen 1999 zu vertiefen und dabei auch eine Entscheidung herbeizuführen. - Der Ausschuß beschließt in diesem Sinne.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Bericht der Landesregierung über die Auswirkungen der Währungsturbulenzen in Südostasien auf die Landesbank

Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie
Umdruck 14/1747

Der Ausschuß nimmt die Vorlage ohne Aussprache zur Kenntnis.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Bericht der Landesregierung über die Nichtbelegung des Eigenkapitals der Landesbank

M Möller verweist auf die Antwort auf die Kleine Anfrage des Abg. Kayenburg, Drucksache 14/1313. - Der Ausschuß nimmt diese Antwort ohne Aussprache zur Kenntnis.

Punkt 7 der Tagesordnung:

**Übertragung von Landesliegenschaften auf die Investitionsbank
Schleswig-Holstein**

Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie
Umdruck 14/1733

Der Ausschuß nimmt die Vorlage ohne Aussprache zur Kenntnis.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Umzug der Landesvertretung von Bonn nach Berlin

Vorlage des Präsidenten des Landesrechnungshofs
Umdruck 14/1729

P Dr. Korthals erläutert die Vorlage und betont dabei, daß sich die Landesregierung im großen und ganzen korrekt verhalten und „zum Teil sehr klug und taktisch sehr geschickt gehandelt“ habe. Auch wenn die eine oder andere Anmerkung insbesondere hinsichtlich einer kostenneutralen Finanzierung angebracht sei, stelle sich der Bericht insgesamt gesehen positiv dar.

Auf eine Frage der Abg. Heinold nach den „vermeidbaren Planungskosten“ antwortet MDgt Schönborn, daß in diesem Punkt ein Dissens zwischen Landesregierung und Landesrechnungshof bestehe, der seine Ursache in der unterschiedlichen Beurteilung der Machbarkeitsstudie durch einen freischaffenden Architekten und der Vorstudie über die Bebaubarkeit des Grundstücks in den Ministergärten habe.

Abg. Kubicki erklärt dazu, daß er gegen die Vergabe eines Auftrages an einen freischaffenden Architekten nichts einzuwenden habe, jedoch befürchte, daß die zu errichtende Anstalt des öffentlichen Rechts für das Gebäudemanagement den freischaffenden Architekten erheblich mehr Konkurrenz bereiten müsse, um die vorgegebenen Wirtschaftlichkeitskriterien erfüllen zu können.

Der Ausschuß nimmt die Vorlage des Landesrechnungshofs zur Kenntnis.

Punkt 9 der Tagesordnung:

Vergabe von Dienstleistungen im Bau-, Planungs- und Beratungsbereich

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/1371

(überwiesen am 25. März 1998 an den Wirtschaftsausschuß, den Innen- und Rechtsausschuß und den Finanzausschuß)

Abg. Schmitz-Hübsch führt aus, daß der federführende Wirtschaftsausschuß beabsichtige, zu der für den 20. Mai vorgesehenen Anhörung die beteiligten Ausschüsse einzuladen.

Abg. Kähler legt dar, daß der Innen- und Rechtsausschuß in seiner letzten Sitzung beschlossen habe, die kommunalen Landesverbände um eine schriftliche Stellungnahme zu bitten. Des weiteren empfehle der Innen- und Rechtsausschuß dem federführenden Wirtschaftsausschuß, nach Vorliegen dieser Stellungnahmen eine gemeinsame Beratung durchzuführen.

Der Vorsitzende äußert gegenüber dem federführenden Wirtschaftsausschuß die Bitte, die Beratung des Antrages sehr zügig anzugehen, um möglichst noch vor den Sommerferien zu konkreten Ergebnissen zu kommen.

Punkt 10 der Tagesordnung:

Starke Länder in Deutschland - Basis eines zusammenwachsenden Europas

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/1389

(überwiesen am 26. März 1998 an den Finanzausschuß und den Europaausschuß)

Schreiben des Vorsitzenden des Europaausschusses
Umdruck 14/1819

Der Ausschuß folgt dem Vorschlag des Vorsitzenden und setzt die Beratung des Antrages aus Zeitgründen in der heutigen Sitzung aus.

Punkt 11 der Tagesordnung:

Einführung des Euro in der Steuerverwaltung und im Landeshaushalt

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/1362

(überwiesen am 26. März 1998 an den Finanzausschuß und den Europaausschuß)

Schreiben des Vorsitzenden des Europaausschusses
Umdruck 14/1818

Der Ausschuß nimmt das Schreiben des Vorsitzenden des Europaausschusses, Umdruck 14/1818, zur Kenntnis, wonach der Antragsteller den Punkt 1 als erledigt zurückgezogen und der Ausschuß zu Punkt 2 kein Votum abgegeben hat, da es sich dabei um haushaltstechnische Fragen handele, die im Bereich des federführenden Finanzausschusses zu klären seien.

Zu Nummer 2 nimmt der Ausschuß die Mitteilung von M Möller entgegen, daß der Landeshaushalt entsprechend dem Vorschlag der Bundesregierung in ihrem 2. Bericht zur Einführung des Euro in Gesetzgebung und öffentlicher Verwaltung, Bundesratsdrucksache 301/98, in den nächsten drei Jahren in DM aufgestellt werde, wobei allerdings ergänzend Beträge in Gesamtübersichten und in anderen geeigneten Fällen in Euro ausgewiesen werden könnten, während vom Jahr 2002 an der Landeshaushalt ausschließlich in Euro aufgestellt werde. - Einstimmig beschließt der Ausschuß, dem Landtag eine entsprechende Beschlussempfehlung vorzulegen.

Punkt 12 der Tagesordnung:

Erstattung des Landes zu den Jugendhilfekosten

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/1295

(überwiesen am 27. März 1998 an den Sozialausschuß, den Innen- und Rechtsausschuß und den Finanzausschuß)

Der Vorsitzende teilt mit, daß sich der federführende Sozialausschuß in seiner nächsten Sitzung voraussichtlich mit diesem Antrag beschäftigen werde, und äußert die Bitte, den an der Beratung beteiligten Finanzausschuß dazu einzuladen. - Der Ausschuß schließt sich diesem Wunsch an.

Punkt 13 der Tagesordnung:

Abschaffung der Prüfervergütungen für Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/1360

(überwiesen am 27. März 1998 an den Bildungsausschuß und den Finanzausschuß)

Der Vorsitzende regt an, den Antrag in einer gemeinsamen Sitzung mit dem federführenden Bildungsausschuß zu beraten.

P Dr. Korthals teilt mit, daß sich der Landesrechnungshof bereits im Jahre 1979 mit der Thematik beschäftigt habe. Der Vorsitzende schlägt daraufhin vor, diese Prüfungsmitteilungen beiden Ausschüssen zur Kenntnis zu geben. - Der Ausschuß beschließt in diesem Sinne.

Punkt 14 der Tagesordnung:

**Flexibilisierung des Haushaltsvollzugs gemäß § 10 a LHO,
Ordentliche Gerichtsbarkeit, Staatsanwaltschaften und Fach-
gerichtsbarkeiten
Abschlußbericht**

Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie
Umdruck 14/1736

Der Ausschuß nimmt die Vorlage ohne Aussprache zur Kenntnis.

Punkt 15 der Tagesordnung:

Bereitstellung zusätzlicher Ausbildungsplätze im Jahre 1998 aus eingesparten Mitteln der „58er-Regelung“

Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie
Umdruck 14/1743

Der Ausschuß nimmt die Vorlage ohne Aussprache zur Kenntnis.

Punkt 16 der Tagesordnung:

**Modernisierungsprojekt „Budgetierung des Einzelplans 03 -
Staatskanzlei“**

Vorlage des Chefs der Staatskanzlei
Umdruck 14/1653

VP Dr. Schmidt-Bens gibt seiner Verwunderung über die starken Abweichungen bei einigen Positionen Ausdruck.

Auf eine Frage des Abg. Döring teilt OAR Dietze mit, daß das zur Diskussion stehende Projekt am 31. Dezember dieses Jahres auslaufen werde und daß eine Entscheidung über die Weiterführung noch nicht gefallen sei.

Der Vorsitzende merkt an, daß das Thema in Zukunft regelmäßig Gegenstand der Beratungen im Finanzausschuß und in den Fachausschüssen sein werde.

Punkt 17 der Tagesordnung:

Bericht der Landesregierung über die betriebswirtschaftliche Optimierung des LEG-Unternehmensverbundes

Umdruck 14/1815

M Möller und GF Münchow geben einen Bericht über die betriebswirtschaftliche Optimierung des LEG-Unternehmensverbundes unter Berücksichtigung der Beschlüsse des Hauptgesellschafters, Umdruck 14/1815.

Die lebhaft und kontrovers geführte Diskussion wird von Abg. Kubicki mit einer als „Übersetzung von Umdruck 14/1815“, Umdruck 14/1882, überschriebenen Vorlage eröffnet.

Abg. Stritzl merkt an, er vermöge sich des Eindrucks nicht zu erwehren, mit den Aussagen der Landesregierung „auf den Arm genommen“ zu werden: Alles, was unter dem Stichwort „Betriebswirtschaftliche Optimierung des LEG-Unternehmensverbundes“ vorgetragen worden sei, seien keine neuen Erkenntnisse des letzten halben Jahres.

P Dr. Korthals äußert, der Landesrechnungshof habe weder Probleme mit der Veräußerung von Wohnungen aus dem öffentlichen Bereich noch mit dem sogenannten Verschmelzungsmodell, und auch die Ausschüttung des Betrages von 250 Millionen DM sei praktisch durchführbar und rechtlich vertretbar. Das Verfahren sei insgesamt außerordentlich kompliziert und mit beachtlichem externem Verwaltungsaufwand und sonstigen Kosten verbunden, und daher stelle sich für den Landesrechnungshof die Frage, ob sich nicht eine Lösung finden lasse, die diesen Aufwand und die Kosten vermeide. Vor diesem Hintergrund komme der Landesrechnungshof „ganz konsequent“ auf den Vorschlag zurück, Anteile der WOBAU an private Investoren zu veräußern. Eine entsprechende Skizze habe der Landesrechnungshof dem Finanzminister vor wenigen Tagen zugeleitet.

Der Vorsitzende bittet, dem Finanzausschuß diese Skizze zuzuleiten. M Möller sagt dies zu und kündigt eine Stellungnahme des Finanzministeriums dazu an.

Abg. Spoorendonk geht auf die Kritik des Abg. Stritzl an dem ins Auge gefaßten Projekt ein und begrüßt, „daß deutlich geworden ist, daß am Anfang nicht das Wort steht, sondern die Finanznot“.

Der Ausschuß folgt dem Vorschlag des Vorsitzenden, die Diskussion an dieser Stelle aus Zeitgründen abubrechen und in der Sitzung am 7. Mai 1998, 14:00 bis 16:00 Uhr, fortzusetzen; der Vorsitzende erinnert weiter daran, daß für die Zeit von 10:00 bis 13:00 Uhr bereits seit längerem eine Sitzung der Arbeitsgruppe "Haushaltprüfung" in den Räumen des Landesrechnungshofs vereinbart sei.

Punkt 18 der Tagesordnung:

Information/Kenntnisnahme

Der Ausschuß nimmt die folgenden Vorlagen zur Kenntnis:

Umdruck 14/1646 - Bericht AG Polizei/Justiz (hierzu: Umdruck 14/1734)

Umdruck 14/1663 - Vorgesehener Abzug der OFD-Bundesabteilungen aus Kiel

Umdruck 14/1670 - Anpassung des Gesetzentwurfs Drucksache 14/1055

Umdruck 14/1685 - Finanzkraft der Länder vor LFA

Umdruck 14/1746 - Auszahlung der Arbeitnehmersparzulage

Umdruck 14/1750 - Steueraufkommen im I. Quartal 1998

Umdruck 14/1777 - Neuordnung der Oberfinanzdirektionen

Zu Umdruck 14/1786 - Streichung von Stellen an CAU-Instituten:

Abg. Kubicki fragt, ob und in welcher Weise der vom Parlament „vorsichtig formulierte Wunsch“ konkret umgesetzt werde. - Der Vorsitzende bittet den Bildungsausschuß um eine schriftliche Stellungnahme.

Punkt 19 der Tagesordnung:

Verschiedenes

- a) Der Vorsitzende teilt mit, daß er Anfang Mai den Entwurf eines **Terminplans** für die Sitzungen des Finanzausschusses und der Arbeitsgruppe "Haushaltsprüfung" bis Ende 1998 vorlegen werde.
- b) Der Vorsitzende bittet die Landtagsverwaltung um einen detaillierten Bericht über den **Stand der Vorbereitungen des Abgeordnetensymposiums** Anfang Juli. Zur Begründung führt er an, daß ihm signalisiert worden sei, daß es erhebliche Schwierigkeiten gebe.
- c) Der Vorsitzende kündigt an, das Schreiben des Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin, Umdruck 14/1825, in dem zu einem **Informations- und Meinungsaustausch über das IT-Projekt FISCUS** eingeladen werde, auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen.
- d) Abg. Neugebauer spricht Pressemeldungen über **Selbstanzeigen und Durchsuchungen bei Kreditinstituten des Landes** an und bittet um einen Bericht der Landesregierung.

M Möller verweist zunächst auf die durch das Steuergeheimnis gezogenen engen Grenzen der Berichterstattung, sagt aber einen Bericht über die Auswirkungen sämtlicher Steuerfahndungsverfahren auf die Finanzlage des Landes zu.

- e) Abg. Neugebauer führt aus, daß die Maßnahmen der Landesregierung zur Bekämpfung der Korruption in Schleswig-Holstein nicht überall auf Zustimmung gestoßen seien und daß sich in einem Fall der Personalrat dagegen gewandt habe. Er bittet um einen **Bericht über den aktuellen Stand der Bemühungen zur Eindämmung der Korruptionsvergehen in Schleswig-Holstein.**

M Möller antwortet, daß in dem angesprochenen Fall der Einspruch des Hauptpersonalrats nicht akzeptiert worden sei und daß nunmehr das Einigungsverfahren anstehe.

- f) Abg. Heinold fragt, ob die Meldung im "Handelsblatt" zutreffe, wonach die Initiative Schleswig-Holsteins, die **Versicherungspflicht im gesetzlichen Rentensystem** auszuweiten, von den Ministerpräsidenten der Länder bei einem sogenannten Kaminesgespräch in der vergangenen Woche in Berlin „auf Eis gelegt“ worden sei. - St Gärtner merkt an, daß diese Meldung nicht den Tatsachen entspreche.
- g) M Möller beantwortet eine Frage der Abg. Heinold dahin, daß im **Landeshaushalt** für die zwischen den Tarifparteien vereinbarte **Erhöhung der Löhne und Gehälter** Vorsorge getroffen worden sei. Dabei sei allerdings nicht berücksichtigt worden, daß die Zahlung für alle öffentlich Bediensteten rückwirkend zum 1. Januar 1998 erfolge.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 13:20 Uhr.

gez. Hay

Vorsitzender

gez. Breitkopf

Geschäfts- und Protokollführer